KURIER AM SONNTAG

WESER-KURIER · BREMER NACHRICHTEN · REGIONALE RUNDSCHAU

unabhängig · überparteilich

Nr. 21 (120) | Sonntag, 27. Mai 1984 | Einzelpreis 80 Pf

An unsere Leser

Im Rahmen der seit Monaten anhaltenden Tarifauseinandersetzung in der Druckindustrie der Bundesrepublik hatte die Industriegewerkschaft Druck und Papier am 23. Mai 1984 um 14.00 Uhr zu einem befristeten Streik bis zum 26. Mai 1984, 6.00 Uhr, aufgerufen. Deshalb konnten wir Ihnen die Donnerstagausgabe, die Freitagausgabe und die Ausgabe für den Sonnabend nicht liefern. Notzeitungen konnten ebenfalls nicht erscheinen. Wir bitten unsere Leser und Inserenten um Nachsicht.

Gemäß unserer Ankündigung vom 4. Mai 1984 werden wir unseren Abonnenten für die bisher nicht gelieferten fünf Ausgaben den anteiligen Bezugspreis von DM 2,10 vergüten. Deshalb wird Anfang Juni 1984 statt des Bezugspreises von DM 16,10 nur der Betrag von DM 13,40 angefordert.

Sollten im Zuge dieser Tarifauseinandersetzung erneute Streiks ausgelöst werden, wird die Vergütung für dadurch ausfallende Ausgaben aus organisatorischen Gründen Anfang Juli 1984 vorgenommen.

BREMER TAGESZEITUNGEN
Aktiengesellschaft

Umfrage: Bürger lehnen Streiks ab

Selbst 40 Prozent der Gewerkschafter dagegen

Bonn/Stuttgart (dpa, ap). Die gegenwärtigen Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie werden nur von einer Minderheit der Bevölkerung gebilligt. Eine Allensbach-Umfrage ergab, daß 58 Prozent gegen und 29 Prozent für Streiks seien. Auch bei den Gewerkschatsmitgliedern seien immerhin 40 Prozent gegen Arbeitskämpfe gewesen, allerdings 51 Prozent dafür.

Die gestellte Frage hatte gelautet: „Im Augenblick wird ja in verschiedenen Betrieben gestreikt, um eine kürzere Arbeitszeit durchzusetzen. Wie stehen Sie dazu, billigen Sie diese Streiks oder billigen Sie diese Streiks nicht?" Von den befragten Gewerkschaftsmitgliedern hatten neun Prozent keine Meinung geäußert, bei den Nichtorganisierten waren es 13 Prozent.

Im Arbeitskampf der Metallindustrie zeichnet sich noch kein Kompromiß ab. Die Fronten waren auch am Sonnabend starr. Die IG Metall bekräftigte ihre Auffassung, daß ohne eine generelle Arbeitszeitverkürzung für alle Metallbeschäftigte unter die 40-Stunden-Woche eine Einigung „nicht denkbar" sei.

Der Versuch, den Arbeitskampf in der Metallindustrie am Verhandlungstisch beizulegen, war am späten Freitagabend in Stuttgart vorerst gescheitert. Die regionalen Verhandlungen für das Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden sollen am Dienstag fortgesetzt werden.

Die Gewerkschaft sprach der Arbeitgeberseite am Sonnabend die Bereitschaft zum Kompromiß ab. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Stihl, hatte nach Vertagung der Gespräche deutlich gemacht, daß mit neuen Vorschlägen der Arbeitgeber bei der Fortsetzung der Verhandlungen nicht zu rechnen sei.

Wegen der Streikaktionen in der Druckindustrie waren auch am Sonnabend Zeitungen nicht erschienen. Zahlreiche andere Blätter kamen in geringerem Umfang oder als Notausgabe heraus. In Nordrhein-Westfalen waren allein im WAZ-Konzern Zeitungen mit einer Auflage von 1,4 Millionen Exemplaren vom Arbeitskampf betroffen. Die beiden hannoverschen Tageszeitungen „Hannoversche Allgemeine Zeitung" und „Neue Presse", die in einer gemeinsamen 16seitigen Notausgabe erschienen, konnten erst mit achtstündiger Verspätung in der Nacht zum Sonnabend ausgeliefert werden.

Während Arbeitgeberpräsident Esser am Wochenende davon sprach, daß die Gewerkschaften den Arbeitskampf „von Anfang an politisiert" hätten und das Klima auch jetzt weiter politisch anheizten, wertete DGB-Chef Breit die Aussperrungen in der Metallindustrie als Kriegserklärung an den gesamten Deutschen Gewerkschaftsbund".

Benzinpreise steigen weiter

Hamburg (ap). Die Öl-Multis haben in der Bundesrepublik erstmals in diesem Jahr ihre Benzinpreise erhöht, ohne die übrige Preisanhebung wieder rückgängig machen zu müssen. Es ist die neunte Benzinpreiserhöhung dieses Jahres. Sieben waren nicht durchzusetzen.

Busunglück: 14 Kinder verletzt

Schneverdingen (dpa). Bei einem Busunglück in der Nähe von Schneverdingen, in der Lüneburger Heide, sind am Sonnabend 14 Schüler verletzt worden. Der mit 25 Kindern besetzte Schulbus war gegen mehrere Bäume geprallt.

Neuer DGB-Chef in Niedersachsen

Hannover (lni). Der Landesbezirk Niedersachsen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat einen neuen Vorsitzenden. Eine außerordentliche Landesbezirkskonferenz wählte am Sonnabend Karl Neumann (49) mit großer Mehrheit als Nachfolger für Georg Drescher.

0:1-Niederlage trübte Stuttgarter Meisterfreude nicht

Das Stuttgarter Neckarstadion glich einem Tollhaus: 72 000 Zuschauer schrien sich die Kehle aus dem Hals, als Kapitän Karl-Heinz Förster endlich die Meisterschale präsentieren konnte. Die Stuttgarter Meister-Freude wurde auch nicht durch die überraschende 0:1-Heimniederlage im „Finale" gegen den Hamburger SV getrübt, und daß die Schwaben nur aufgrund des besseren Torverhältnisses vor Vizemeister HSV einkamen.

Zahlenlotto

1	8	15	22	29	36	43
2	9	16	23	30	37	44
3	10	17	24	31	38	45
4	11	18	25	32	39	46
5	12	19	26	33	40	47
6	13	20	27	34	41	48
7	14	21	28	35	42	49

Spiel 77
5018884
Alle Angaben ohne Gewähr

Unser Wetter

Wolkig mit längeren Aufheiterungen. Vereinzelt Schauer. Temperaturen am Tage 14 bis 18, nachts 9 Grad Celsius.

Zwangspause bei Klöckner?

Bremer Werksvorstand: Produktion nur bis Monatsende gesichert

Bremen (amö). Nach Daimler-Benz droht jetzt auch den Klöckner-Werken als zweitem bremischen Großbetrieb eine Zwangspause in der Produktion. Mangels Materialnachschub sei die Produktion auf der Hütte nur noch bis Ende des Monats gesichert, erklärte der Werksvorstand gegenüber dem Betriebsrat. Unterdessen bahnt sich bei Mercedes eine Stillegung der gesamten Produktion an.

Sollten sich die Tarifparteien in Nordwürttemberg/Nordbaden nicht einigen, müßten auch die Abteilungen Transporterfertigung, Preßwerk und Teilefertigung geschlossen werden, teilte ein Sprecher von Daimler-Benz mit. Am Montag und Dienstag werde die Produktion in diesen Bereichen aber noch normal weiterlaufen, hieß es. Danach droht jedoch auch den dort Beschäftigten 2200 Automobilbauern das gleiche Schicksal wie ihren 5009 zur Zeit beschäftigungslosen Kollegen aus der 190er- und der T-Modell-Fertigung.

Für kommenden Mittwoch, 9.15 Uhr, hat der Betriebsrat von Daimler-Benz zu einer großen Betriebsversammlung ins Sebaldsbrücker Werk eingeladen. „Selbstverständlich kann diese Veranstaltung auf dem Werksgelände stattfinden", räumte ein Werkssprecher anderslautende Zweifel aus. Zur Zeit werde ein geeigneter Raum gesucht.

Probleme zeichnen sich auch bei den Klöckner-Werken ab. Wenn der Materialnachschub nicht in den nächsten Tagen wieder reibungslos läuft, soll nach Informationen des Betriebsrates zunächst das Kaltwalzwerk stillgelegt werden. Betroffen davon wären rund 800 der insgesamt 6500 Klöckner-Beschäftigten. Auch Produktionseinstellungen in anderen Betriebsteilen schließt der Vorstand nicht aus.

Unterdessen kündigte der Vorsitzende des Betriebsrates, Peter Sörgel, gegenüber dem KURIER am SONNTAG an, die Belegschaft werde sich „gegen jede Form der kalten Aussperrung" zur Wehr setzen. Im Werk gibt es nach Ansicht der Arbeitnehmervertretung auch ohne Materialanlieferungen zumindest auf absehbare Zeit genügend zu tun. So könne der Produktionsablauf gestreckt und Überstunden abgebaut werden.

Sörgel: „Die Belegschaft der Opel-Werke in Bochum hat sich mit dieser Forderung durchsetzen können". Auch der Bremer Klöckner-Betriebsrat werde alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Überstunden abzubauen. Auf eine „arbeitsbezogene Aussperrung" wolle und könne man sich nicht einlassen.

Wirbel um Wörner

Minister: Kein Geheimplan verschwunden

Bonn (dpa, ap). Im Zusammenhang mit dem verschwundenen Exemplar des geheimen Bundeswehrplans von 1985 bis 1987 ist es zu einer Kontroverse zwischen Verteidigungsminister Wörner und dem SPD-Abgeordneten Kühbacher gekommen.

Der Verteidigungsminister erklärte am Sonnabend, der Datenteil der Akte befinde sich im Ministerium. Damit seien Behauptungen falsch, wonach Details über alle Planungen sowohl im personellen als auch im waffentechnischen Bereich „bis zur letzten Gewehrkugel" nach außen gedrungen seien. Als Unwahr bezeichnete Wörner Vermutungen Kühlbachers, daß auch eine zweite Ausfertigung des Geheimplans fehle.

Kühbacher hatte Wörner aufgefordert, alles zu unternehmen, den Geheimplan wieder aufzufinden, „aber auch alles zu unterbinden, das geeignet ist, Abgeordnete in die Affäre um das Verschwinden der geheimen Unterlagen einzubeziehen.

Japan stoppt Schiffe

Irak hatte acht Tanker im Golf angegriffen

Tokio/New York (dpa, ap). Einen Tag nach den bisher schwersten irakischen Angriffen auf acht Schiffe im Persischen Golf sind japanische Schiffe angewiesen worden, keine Häfen mehr in Kuwait und im Norden Saudi-Arabiens anzulaufen.

Nach der zwischen dem Management und den Arbeitervertretungen großer japanischer Schiffahrtsgesellschaften erzielten Übereinkunft soll von Fall zu Fall entschieden werden, ob japanische Schiffe Häfen im südlichen Teil des Golfes anlaufen können. Die Versicherungsraten für Schiffe im Golf wurden unterdessen in London mehr als verdoppelt.

Die Außenminister der Golfstaaten Kuwait und Katar hatten zuvor im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York Iran der Aggression beschuldigt und eine Verurteilung Teherans sowie eine Einstellung der Angriffe gefordert. Der iranische Delegierte nahm aus Protest gegen das „unverantwortliche Schweigen" des Sicherheitsrates „zu rund 70 irakischen Angriffen" auf Schiffe im Golf an der Debatte, die am kommenden Dienstag fortgesetzt werden soll, nicht teil.

US-Präsident Reagan will Saudi-Arabien angesichts der Ausweitung des Golf-Kriegs offenbar notfalls auch ohne vorherige parlamentarische Zustimmung 200 „Stinger"-Raketen liefern.

Städte klagen

„Wachsender Druck auf Sozialämter"

Köln (dpa) Die Sozialämter in den Städten der Bundesrepublik werden immer stärker von Arbeitnehmern und ihren Familien in Anspruch genommen, die von Streik und Aussperrung betroffen sind. Der Deutsche und der nordrhein-westfälische Städtetag haben daher am Sonnabend in Köln an die von CDU/CSU und FDP geführten Bundesregierung und an NRW-Ministerpräsident Rau (SPD) appelliert, für finanzielle Hilfe aus Staatsmitteln zu sorgen.

Sie sollen, wie es in einer Pressemitteilung heißt, „unverzüglich eine rechtsverbindliche Regelung" treffen, damit die Städte ihre zusätzlichen Aufwendungen vom Bund erstattet bekommen.

Die beiden Organisationen wiesen darauf hin, daß die Sozialämter der Städte gesetzlich verpflichtet seien, den Lebensunterhalt der streikenden, ausgesperrten oder indirekt betroffenen Arbeitnehmer und ihrer Familien sicherzustellen, sobald deren Ersparnisse aufgebraucht sind.

Bonn gibt den Bauern Sonderhilfen

Bonn (ap). Die Bundesregierung will den Bauern helfen: Ab 1. Juli wird die Vorsteuerpauschale um fünf Prozent angehoben. Zusätzlich sind eine „Milchrente", Sonderhilfen für Bauern in benachteiligten Gebieten und die Festschreibung der Bundeszuschüsse zur Unfallversicherung der Bauern vorgesehen.

Blüm will wieder kürzen: Weniger Leistung

Hamburg (ap). Für eine weitere Kürzung der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen hat sich Bundesarbeitsminister Blüm ausgesprochen. Er empfahl allen denjenigen, die den bisherigen umfangreichen Versicherungsschutz auch künftig haben wollten, sich an die Privatkassen zu wenden.

Eine Mark mehr Wehrsold

Bonn (dpa). Der Wehrsold wird vom 1. Oktober 1984 um eine Mark pro Tag erhöht. Das hat der Bundestag beschlossen.

Abgeordnete: Höhere Diäten

Bonn (ap). Die meisten Bundestagsabgeordneten bestehen auf der von Parlamentspräsident Barzel vorgeschlagenen Diätenerhöhung um 280 Mark zum 1. Juli 1984.

Rumänen nehmen an Olympischen Spielen teil

Prag (dpa). Rumänien beteiligt sich endgültig an den Olympischen Spielen von Los Angeles. Das ist das wichtigste Ergebnis eines Treffens von Sportspitzenvertretern aus elf kommunistischen Ländern mit dem IOC-Präsidenten Samaranch in Prag.